

# **Sächsische Volkszeitung**

**Bezugspreis:** Briefesamtlich Post-Ganz-Marken 1 mit illustrierter Beilage 12,75 M., Ganz-Marken 3 11,25 M.  
einfachlich Postbestellgeb.

Anzeigen: Ausgabe von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Handelsanzeigen bis 11 Uhr abwärts. — Preise für die Zeitungspartie **1.10** %, im Heftmaateil **0.50** %, Handelsanzeigen **1.30** %. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch den Verleger aufgegebene Anzeigen können vor die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übertragen werden.

## Macht verpflichtet

Von einem Centralisator-Parlamentarier

Niederlage und Revolution hatten die starke politische Stellung der Zentrumspartei, die sich gegen Kriegsende in der Kanzlerschaft des Grafen von Hertling, wie auch in der Zusammensetzung des Kabinetts des Prinzen Max von Baden offenbart, deshalb nahezu unbeteiligt gelassen, weil die Partei, ihren christlichen und demokratischen Charakter stark betoneend, nur die Notwendigkeiten der Stunde erkannte und sich entschlossen auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse stellte. Der beachtenswerte Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung legte der Partei die Pflicht auf, nicht müßig abseits zu stehen, sondern praktisch am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes mitzuwirken, zumal der Sozialdemokratie, die den erwarteten vollen Sieg nicht bringen konnte, nicht allein die Gestaltung der Geschichte Deutschlands antreibend werden durfte, wenn Ruhe und Taten wieder langsam auszuleben sollten. Dazu mußte befürchtet werden, daß der Eintritt in die Schiedemann-Regierung in weiten Kreisen der Zentrumswählerschaft mit Miftraut aufgenommen würde, zumal zweifelsohne dieses Kabinett, so wenig wie jemals ein anderes, die Kraft besaß, in kürzer Zeit die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erträglich zu gestalten. Verhältnisse, die zudem durch den Waffenstillstand und den kommenden Friedensvertrag nachteilig beeinflußt werden mußten. Aber die erlangte Macht gab der Partei die Möglichkeit am Wohle der Gesamtheit des Volkes und nicht ängstliche Sorge um partizippolitische Rücksichten. Damals übernahm die Zentrumspartei eine schwere Bürde, die in den zwei Jahren bis heute nicht leichter, sondern noch drückender geworden ist.

Die schwersten Stunden durchlebte die Partei, als es galt sich für oder gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu entscheiden. Das Nein brachte Krieg und Revolution, das Ja führte Putsche und Bürgerkriege zur Folge haben. Er schwerte wieder die ganze Situation noch durch den Rücktritt der Demokraten aus der Regierung. Sollte das Zentrum das Vaterland dem Chaos zutreiben lassen, oder sollte es durch Verbleiben in der Regierung versuchen, Volk und Vaterland, Deutschlands Einheit zu retten? Dem Vaterlande wurde das Parteiinteresse geopfert. Ja, die Partei übernahm sogar das dorrenvolle Finanzministerium, das die bis dahin von den demokratischen Finanzministern nicht in Angriff genommene, unumgänglich notwendige Steuergesetzgebung in nächster Zukunft erledigen musste. Hier waren keine Lorbeeren zu ernten, sondern nur Vorwürfe, Absagen und Kampfansagen, wie sie von Helfferich und seinen schwerindustriellen und großkapitalistischen Hintermännern erfolgt sind. Auch diese Last übernahm das Zentrum im Dienste für das Vaterland.

Das Verfassungswerk, die vornehmste Aufgabe der Nationalversammlung, kam unter eifrigster Mitarbeit des Zentrums zu stande. Wer erwartet hatte, daß die Verabschlußung dieses Gesetzes Zustiehendheit und Anerkennung bringen würde, sah sich gründlich getäuscht. Neue schwere Vorwürfe wurden gegen die Partei erhoben. Verrat am Zentrumprogramm, so scholl es aus dem Munde solcher, die aus der Revolution nichts gesehen hatten, und in deren Urteil die vergehöhen Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, um durchzusehen, was erreicht worden ist, unberücksichtigt blieben. Neue Kämpfe, bedauerliche Abspaltungen waren die Folge. Die Fraktion hatte geglaubt, ihre ganze Kraft eingesetzt und ansehnliche Erfolge erkämpft zu haben. Die Abegler beschrien die Wählerschaft eines anderen, sorgten dafür, daß absprechende, hämische Kritik die Freude am geschaffenen Werk verdarb. Während die Kämpfe in dieser Angelegenheit noch nicht abgeschlossen waren, entstand der Partei durch die Trennung der bayerischen Freunde ein überaus schmerzlicher Verlust, das schwerste Opfer, das je gefordert

Auf der ganzen Linie setzte jetzt die Kritik gegen die Partei ein. Die bauerlichen Kreise waren unzufrieden mit der Agrarpolitik des Zentrums, während die Stadt- und Industriebevölkerung ihm zum Vorwurf mache, den „wucherischen“ Bauern zu sehr zu Gefallen zu sein. Die Beamten schlugen die Partei der Feindschaft und Herzlosigkeit gegen die schwer notleidenden Beamten an. Die Sozial- und Steuerpolitik entstremelte ihr Handel und Industrie. Allen aber war die Mitarbeit mit der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge. Es schien, als ob alle Wände, die bisher die Parteifreunde vereinigt hielten,

Trotzdem brachten die Reichstagswahlen keinen Erfolg. Nur hatte die Partei Stimmen und damit Mandate eingebracht. Aber die Verluste hielten sich im Rahmen des Erträglichen. Erstlich war dieses Ergebnis deshalb, weil es zeigte, daß die

große Masse der Abhängigkeit die bisherige Politik verändert und gebilligt, die Opfer, die für das Vaterland gebracht worden waren, auerkannt hat.

Die Regierungsbildung Ende Juni 1920 machte die Zentrumspartei zum Träger der Reichsregierung und legte ihr damit eine überaus schwere Verantwortung auf, die mit Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten des gesamten deutschen Volkes übernommen werden mußte.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob all die Opfer, die von der Zentrumspartei seit zwei Jahren gebracht werden, ob all die Arbeit für die Zukunft unseres Volkes, ob all die Sorge um die Erziehung seiner Roten der Partei Verdienst und Anerkennung für ihre Taten bringen werden. Wie großfeindhaft dran. Awar Schweigen noch nicht die Nögler, zwecklosen noch die gegneischenen Parteien, zwar gähnt es noch in unseren eigenen Reihen, und noch sind die Stimmen nicht oft zahlreich, die des Zentrums Verdienste von Gott und Vaterland, seine Unvergänglichkeit und Opferbereitschaft, seine Dienste für die Gesamtheit mutig verkünden. Die Partei kann stolz sein und muss stolz sein auf das, was sie erreicht hat. Die Anhänger müssen ihre Anerkennung zollen und ihr Vertrauen zur Partei stärken. Denn tatsächlich hat das Zentrum seine Wucht nur zum Besten des Volkes gehabt, es ist jederzeit seiner Verpflichtung als Volkspartei, die Geschicke des Volkes aufgeklärt zu helfen, gerecht geworden. Hätte das Zentrum Oppositionspolitik getrieben, so könnte es mit bösigen Phrasen Rüttel an den Rüstenden üben. Zweifelsohne würde aber dann der Abschaffungsprozeß in unserem Vaterlande nicht zu dem Grade gesangt, den er heute, nicht zuletzt dank der Zentrumspartei erreicht hat. Weder zukunftsfreie Rechts noch zukunftsreiche Linkspolitik konnte zu solchen Erfolgen führen.

Mehr noch als es bisher geschehen, muß für die Zentrumspartei Aufklärung in die Kämpferchaft gebracht werden, aus lebhafterem zum Verständnis gebracht werden, daß vom Zentrum wahrhaft nationale Politik gepflegt werden ist. Eine Partei, die die Hauptlast der Politik trägt und die sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt ist, kann nicht mit Agitationssatiren im Parlamente glänzen, kann nicht Aforderungen stellen, die mit Rücksicht auf die durch Krieg, Revolution, Friedensvertrag usw. geschaffenen Verhältnisse unerfüllbar sind, und noch den Mut haben, dort ein Nein zu sprechen, wo viele genau das ja hören möchten. Das Ziel der Zentrumspartei muß sehr Erhaltung der jetzigen Regierung, deren Kern sie darstellt, für die sie die Verantwortung mitträgt und für die sie nur münschen und ersuchen kann, durch Erweiterung ihrer Grundlage sie noch stärker und tragfähiger zu halten, damit eine ruhige Menschenentwicklung ermöglicht wird. **Macht verpflichtet!** Wissenserfüllung erheischt Opfer! Gerechtlich hat die Zentrumspartei in neuem Deutschland ihre Pflicht erfüllt, ist nicht zurückgeschrückt vor den Opfern, die von ihr gefordert wurden, hat flieglos die Bürde getragen, die ihr aufgelegt wurde. Die Stunde muß kommen, wo das deutsche Volk die heroverträumte vaterländische Arbeit unserer Partei anerkennet, wo es sich nicht mehr der Erfolglosigkeit verschließt, daß die Arbeit des Zentrums Arbeit am Volke und für das Volk war und ist. Die Wahlen am 20. Februar in Preußen haben bewiesen, daß diese Erfolglosigkeit auf dem Marsche ist. Sorgen wir dafür, daß das Tempo sich be-

## Der Reichsausschuss der deutschen Zentrumspartei.

der am 18. bis 20. März im Reichstag tagte, hat sich in den beiden ersten Tagen mit der Beratung der neuen Richtlinien der Zentrumspartei beschäftigt. Die Mitglieder des Reichsausschusses, die sich aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl zu der Tagung eingefunden hatten, haben sich im Verein mit den zugezogenen Sachverständigen aus allen Gebieten an den Beratungen äußerst rege beteiligt und die sehr zahlreichen Unregungen und Anträge gründlich geprüft. Das Ergebnis der Beratungen, das allseits bestredigend war, wurde zur endgültigen Formulierung einer Redaktionskommission überreicht. Nach Abschluß der Arbeiten der Redaktionskommission, der bis zum 20. April zu erwarten ist, wird die nunmehrige Formulierung den Mitgliedern der Parlamente, den Mitgliedern des Reichsparteivorstandes und Reichsausschusses, sowie den Vorsitzenden der Kreise und Provinzen zur Diskussion übermittelt werden. Die aus diesen Kreisen sich ergebenden Unregungen werden zu einer letzten Beratung der vom Reichsausschuß gewählten Programmkommission, die auf Beschluß des Reichsausschusses vom 18. bis 20. März durch einige Persönlichkeiten erweitert wurde, vorgelegt werden. Die endgültige Entscheidung über die neuen Richtlinien wird dem Reichsparteitag, der, wie bereits gemeldet, mit Rücksicht auf die gegenwärtige innen- und außenpolitische Lage nicht vom 10. bis 12. April tagen wird, vorbehalten bleiben. Der Reichsparteitag, der auf Beschluß des Reichsausschusses sobald als irgend möglich einzuberufen ist, wird vom Reichsparteivorstand erneut eingeladen werden. Der Abschluß der Tagung bildete die am Sonntag stattgefandene Aus-

Durch einen Teil der Presse ist die Nachricht geweckt, daß der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei sich u. a. mit der Frage der Regierungsbildung im Preußen besaßt habe. Diese Nachricht ist völlig unzutreffend. Der Reichsausschuß als solcher hat sich mit der Angelegenheit nicht beschäftigt. Wohl aber ist gelegentlich der Tagung des Reichsausschusses die Frage der Regierungsbildung in Preußen Gegenstand von Verhandlungen von ganzlich in Berlin anwesenden Mitgliedern der Zentrumspartei des preußischen Landtages gewesen. Wie wir zuerst geschildert, ist das Ergebnis dieser Besprechung gewesen, daß die Zentrumspartei des preußischen Landtages nach wie vor an dem Standpunkt festhält, daß die Erweiterung der Regierungsbasislage nach rechts unbewirkt geboten ist.

## Unerhörter polnischer Zerstörer

Die Abstimmung im Pleb. annulliert  
(Gesetz. Druckbericht der Zürch. O. *foglio 7*)  
Zürich, 22. März. Wie hier verordnet haben die italienischen  
Belästigungsbehörden im stricte Sinn die Abstimmung mit der Be-  
gründung annulliert, daß angeblich der vorgeübten Terror  
in diesem Streit von einer willkürlichen Abstimmungsfreiheit  
feste Bede gewesen wäre, und daß Abstimmungsergebnis daher als ver-  
fälscht angesehen werden müsse.

**Stettinien.** 21. März. Im ganzen Norddeutsche Ven-  
then Landen befahlssetzende polnische Kurabten auf.  
In Danzig-Vielmar wurden die Gebrüder Lutz, der eine Mitglied  
des politischen Ausföhrers, erschossen. Auf der Straße  
Hausen-Wilhelminen wurde die Telegraphenleitung geschnitten, säm-  
tliche Leute konntige erst und vor den Augen der Arbeiter ver-  
brüllt und jämmer mißhandelt. Einige trugen einen Beben-  
Gol davon. Von Stettininde trifft die Meldung ein, daß die  
Polen die Straßensäulen quetschen, Fabrikanten gegen die Deut-  
schen ausstehen und mit Pfeilen durch die Straßen jagen. Auf  
Vorstellungen bei der Reichskanzlei forderte Bismarck, es  
habe keine Rente für Beobachter. Da dort entwischen die  
polnischen Proletarient die deutschen Arbeitnehmer. Demnächst  
zog in Werder eine Wache von 100 Polen in jedem Bogen  
und Hotel ein. Bei Weimar-Viertel wurde im Telegrafen  
um Hilfe gerufen. Da Narren ist Soldaten werden Hand-  
granaten geworfen. Da Zerstörung wurden polnische Kriegs-  
zeugs beschafft, Geschütze abgefeuert gegen Deutsche vertriebt und die  
Wohnumen der Deutschen zerstörte. Ein Abschaffungsbereds-  
amkeit wurde auf der Straßendämme vorhanden. Da Stromungen  
verhindernde französische Offiziere patrouillieren nicht. Auch  
eine Frau wurde schwer mißhandelt. Kommandos für militärische Ab-  
teilungen sind nach Sachsen-Anhalt vertrieben. Eine schwere  
Zersetzung ist im Gange. Die Deutschen fliehen. Da Zerstör-  
dorff zieht Sieden unter und droben, die Deutschen zu erschlägen.  
Am Laufschüsse werden plötzlich Zusammenrottungen  
gewaldet, die kleinere Siedlungen für die Deutschen befürchten  
lassen. Die zuständigen Reichskontrolleure sind wiederholts drin-  
gend von verschwindenden Zeiten um Hilfe gebeten worden,  
bisher jedoch ohne jeden Erfolg.

Berlin, 26. März. Ammer und Melungen über den für die beiden sozialistischen Parteien während der Volksabstimmung treffen und überreden ein. Wie die "Oberdeutsche Presse" mitteilt, ist die demokratische "Wahlzentrale" in Berlin am 25. März in Tiere des Kreises Rudow auf polnischen Terrain aufzuführen. Nicht einmal die deutschen Mitglieder der politischen Ausschüsse wagten es, zur Wahl zu erscheinen. Einzelnen Worte zufolge ist die Zahl in Neu- und Alt-Rudowen und Stolzenhain von den Engländern für unzureichend erachtet worden, weil im Wahlbezirk nur politische Stimmen abzugeben wünschen. Ein Zeugnis auf die Parteilosigkeit der Arbeiter ist die folgende Weisung des "Döbl. Rundfunk": Auf dem Bodenmarktfeld von Rudow hatte sich am Montag eine reiche Menschenmenge eingefunden, weil durch Beichte des polnischen Abstimmungsbüros und die Wahlergebnisse bestätigt werden sollten. Ausweichende französische Offiziere beglückwünschten die Polen zum Ergebnis der Wahl. Die Polen nahmen lächelnd einen französischen Soldaten auf die Schultern und trugen ihn unter großem Jubel auf dem Marktplatz herum. Der Hauptmann hielt eine Rede, in der er sagte, daß diese Lere, die die Menschen zusammenbringe, eine gute sei.

### **Der Bank der Nachkriegszeit**

# Der Dank der Reichsregierung

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen, er ist dem einmütigen Einleben des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesessene Bevölkerung hat ungenannte aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Gedanken in entfremden, in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zum deutschen Vaterland gehalten. Die unumbeachtigten Oberschlesiern aus dem Reihe und dem Anklange haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Erhebungen und Wühlen statt geübt. Sie sind allen Erhöhnungsversuchen zum Trotz vollständig nach Oberschlesien geblieben, nur ihrer Pflicht gegenüber Heimat und Vaterland zu genügt. Mit größter Erfolglosigkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzsipende die Mietel befestnet, um auch dem Vermieter die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdliche Arbeit und mutigstes Zusammenstoßen das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen eine Auszeichnung für das glückliche Durchsetzen der

ohne Vorausnahme ist der 6. September (Int. 21, 9 May 1921).

Reichspräsident Seeger, Reichsstaatler, Rechenschaft

**Beelitz, 21. März.** Der Reichspräsident hat nach Bekanntwerden des überstimmlichen Abstimmungsergebnisses an den deutschen Bevollmächtigten in Orselia dieses Hauses folgendes Telegramm verordnet: "Gesetz. Durch Gesetz ist bestimmt, dass der preußische